

Hartmut Elsenhans

Integration vertiefen – Kapitalismus erneuern

Anmerkungen zur Habermas-Streeck-Debatte

Viele der Kritiken an den »Auswüchsen« des Kapitalismus sind sicher berechtigt. Ob sie zielführend sind, bleibt zweifelhaft. Man klagt Banker und »Finanzkapitalisten« an. Dabei werden sie zu einer legitim herrschenden Klasse mit einer besonderen Verantwortung hochstilisiert. Adam Smiths »unsichtbare Hand« war da viel realistischer: Die Marktteilnehmer stellen ohne solche Verantwortung »sozialverträgliche« Gleichgewichte her, gerade weil die Kapitalisten keine anderen Ziele als die Mehrung ihres Geldreichtums verfolgen dürfen und verfolgen können.

Wolfgang Streeck knüpft an die konservative korporatistische Position eines Teils der Sozialdemokratie an und kritisiert, dass der nach 1945 geschlossene Kompromiss mit dem vernünftigen Teil der Unternehmer durch die Globalisierung ausgehöhlt worden sei, weil sich auch die deutschen Unternehmer nicht der Konkurrenz des angelsächsischen Modells entziehen konnten. Diesen Kompromiss gelte es erneut zu erzwängen. Strittig zwischen Jürgen Habermas und Wolfgang Streeck ist die Ebene, auf der die Mobilisierung von politischer Gegenmacht erfolgen solle. Streeck optiert für die nationale Ebene, weil er dort die größten Chancen sieht: Die Verbindung von Nationalem und Sozialem (ein altes Steckenpferd rechter Sozialdemokratie) erlaube mehr gemeinsame Lösungen. Habermas entgegnet mit den Ängsten seiner Generation vor dem Nationalstaat: Europa sei besser für die Organisation politischer Gegenmacht geeignet. Dabei müsse nicht notwendig ein europäischer Bundesstaat entstehen. Den Konstruktivisten und den vom *Cultural Turn* Besessenen bleibt ihr Thema der Spannung zwischen europäischer und nationaler Identität.

Elmar Altvaters Kritik ist hier wohl-tuend realistisch: Die Vernetzungen zwischen den Volkswirtschaften und innerhalb der »nationalen« Volkswirtschaften sind unterschiedlich, doch sind in Europa wirtschaftlich und gesellschaftlich Verdichtungen erfolgt, die nationalen Räumen entsprechen, allerdings ohne die politischen Instanzen, die zur Steuerung eines solchen Raums notwendig sind. Damals wäre das Projekt gescheitert, wären die politischen Implikationen bekannt gewesen; die Ökonomen hielten jedwede Staatsintervention für entbehrlich; die Geschichte hatte der Gewissheit der Europaanhänger bis dahin recht gegeben, die zuversichtlich waren, dass jede Krise des Integrationsprozesses nur auf dem Weg der Vertiefung der Integration gelöst würde, weil überwältigend der feste Wille aller außenpolitisch relevanten Kräfte in Europa stand. Die Konstruktionsfehler des Euro bargen die Chance der späteren Vertiefung der Integration.

Diese Erwartung kann erfüllt werden, wenn die Ursachen der Krise zum Aufhänger einer solchen Vertiefungsstrategie gemacht werden. Es geht um die Erneuerung der Vorrangstellung der Realwirtschaft gegenüber den Finanzmärkten, die Stärkung des Profits gegenüber den spekulativen Renten der Finanziers und die Wiederherstellung der Verhandlungsmacht von Arbeit. Mit einer solchen Strategie kann die Sozialdemokratie die Hegemonie neoliberalen Denkens brechen und den Vorrang von Arbeit als Quelle gesellschaftlichen Reichtums ins Blickfeld rücken. Sie kann zudem zum Vorreiter der Erneuerung und Bewahrung des Kapitalismus werden.

*Vorrangstellung
der Realwirtschaft
erneuern*

Außer Altvater sehen die Autoren nicht, dass im Kern der Krise der Anspruch von Geldbesitzern steht, ihr Geld als realen Wert zu respektieren, obwohl die ungeheuren Bestände an Finanztiteln nicht auf der Produktion real greifbarer Werte beruhen, sondern auf der multiplikativen Ausweitung der Geldmenge durch die Finanzmärkte.

Trotz ihrer Differenzen über die aktive und positive Rolle des Geldes für die Belebung der Wirtschaft bei Nachfrageschwäche lehnten Friedrich August von Hayek und John Maynard Keynes ein ungezügelttes Wachstum der Finanzmärkte ab. Entscheidend waren für Keynes die Stärkung der Massennachfrage und die Verminderung des Sparens. Noch während der Großen Depression sah er eine Welt des Überflusses voraus, wenn es nur gelänge, die Bedürfnisse der wirtschaftlich Schwachen in Nachfrage zu verwandeln.

Durch Nachfrageerweiterung wird kapitalistischer Profit gesteigert. Profit ist nicht der Teil des Volkseinkommens, den sich die Kapitalisten durch Verbilligung der Arbeitskräfte aneignen können. Warum ist dann aber der Profit so niedrig in Krisenzeiten? In der Krise sinkt die Lohnsumme. Die Produktionstechnik verschlechtert sich nicht, so dass zumindest potenziell viel vorhanden ist, das sich die Kapitalisten aneignen könnten, wenn sie nur die vorhandenen Produktionskapazitäten nutzen würden.

Kapitalistischer Profit hängt von der Nachfrage und damit zunächst von den Nettoinvestitionsausgaben der Unternehmen ab. Nicht deshalb weil dadurch die Produktivität steigt, sondern weil dadurch Arbeitnehmereinkommen entstehen, die für Konsumgüter ausgegeben werden. Die Konsumgüter können damit für einen höheren Erlös verkauft werden, als die Unternehmer in allen Phasen der Konsumgüterproduktion (Vorprodukte, verbrauchte Investitionsgüter) an Löhnen bezahlt haben. Die Profite fallen in der Krise nicht des-

halb, weil zu wenig verfügbar wäre, sondern weil zu wenig ausgegeben wird. Erst die monetaristische Synthese (z.B. bei Paul Krugman) hat die Schöpfung von spekulativem Geld statt der Steigerung der Massennachfrage als dauerhaftes Instrument angesehen, mit dem Ziel, gesellschaftliche Konflikte zu überspielen.

Die ungezügelte Expansion der Finanzmärkte zerstört nicht die soziale Balance, wie Streeck glauben machen will, sondern den Kapitalismus selbst. Habermas und Streeck stehen dabei hinter Hans-Werner Sinn zurück. Dieser sieht, dass die Banken selbst auch »wertloses« Geld schöpfen. Sinn fordert deshalb »altliberal« in Anlehnung an Hayek, dass die Banken stärker in Haftung genommen werden: Sie sollen daran gehindert werden, durch Geldschöpfung entstandenes spekulatives Kapital ohne Gegenwert in der realen Wirtschaft in Schulden der dann unbegrenzt haftenden Steuerzahler, also der Allgemeinheit zu verwandeln. Hayek und Sinn sind also der realen Wirtschaft und der Relativierung des Geldes sehr viel näher als Streeck.

Dass Profit in der realen Wirtschaft von der Schaffung von Einkommen in der Herstellung von Investitionsgütern abhängt (die nicht konsumiert werden, sondern mit denen andere Güter hergestellt werden), hat bedeutende politische Implikationen. Profit hängt dann von der Steigerung der konsumtiv verwendeten Einkommen, also vor allem der Einkommen der Lohnabhängigen ab, weil nur die Ausweitung der Nachfrage neue Investitionen zur Kapazitätserweiterung sinnvoll erscheinen lässt. Deshalb ist der Gegensatz zwischen Profit und Lohn ein auf der Ebene der betriebswirtschaftlichen Perspektive konstruierter. Wären alle Unternehmer erfolgreich bei der Reduktion der Löhne, dann würde der Kapitalismus zusammenbrechen.

*Profit hängt
von der
Nachfrage ab*

Der Kardinalfehler Deutschlands war, die eigenen Beschäftigungsprobleme dadurch lösen zu wollen, dass man gegenüber den anderen europäischen Ländern den Lohnanstieg unter den eigenen Produktivitätsanstieg begrenzte. Manche versteigen sich hier zum Lob der deutschen Gewerkschaften, die den schmalen Korridor zwischen Reallohnsicherung und Profitabilität trafen, also gerade nicht Lohnsteigerungen parallel zu den Produktivitätssteigerungen durchsetzten

Ohne den Euro wäre diese Strategie wegen deutscher Währungsaufwertungen gescheitert. Die Deutschen haben die Regelungen des Euros unfair gegenüber ihren Partnern ausgenutzt und werden dafür zu recht kritisiert. Dass der IWF die Deutschen zu Lohnsteigerungen ermahnen muss, hat bisher keine Arbeiterbewegung hinnehmen müssen.

Wenn wir auf neuer Ebene die Fehler von 1919 vermeiden wollen, müssen wir die europäische Wirtschaft durch Nachfragesteigerungen wieder in Gang setzen. Hier ist Deutschland gefragt, weil innerhalb der Währungsunion nicht die anderen zuerst ihre Nominallöhne anheben können. Sie sind ja nicht konkurrenzfähig. Korporatistische Kompromisse mögen national leichter sein, eine konzertierte Expansion der Nachfrage ist mit den Partnern in Europa angesichts der außenwirtschaftlichen Verflechtung Deutschlands leichter zu erreichen. Selbstverständlich werden dabei auch Arbeitsplätze abwandern. Inwieweit dabei im Saldo Arbeitsplätze verloren werden, hängt davon ab, ob die Abwanderung durch die Markterweiterung auf europäischer Ebene kompensiert, und bei ausreichend großen Nachfragesteigerungen sogar überkompensiert wird.

Wir brauchen einen starken Schub der Nachfrage und hier kann eine vorübergehende Steigerung des Staatsdefizits sinnvoll sein. Warum nicht mit unseren Partnern ein europäisches Infrastrukturprogramm zum Zusammenwachsen der Union

in Verkehr und Kommunikation verabreden?

Dazu müssen wir die öffentlichen Haushalte entlasten. Billionen wurden für die Rettung der Banken ausgegeben. Richtig war es, sozusagen als Versicherung einzuspringen, um den Zusammenbruch einzelner Banken abzuwehren. Wie bei jeder Versicherung muss der Banksektor aber jetzt die Prämien hier als Steuern bezahlen. Für spekulativ entstandenes Finanzkapital kann die Allgemeinheit keine Haftung erbringen.

Beim Zypernfall gelangen die Verminderung der exzessiven Geldkapitalbildung und ihre Anpassung an die Wirklichkeiten der realen Wirtschaft ohne Belastung der kleinen und mittleren Vermögen. Das Versprechen, *Nutznießer der Spekulation besteuern* genauso auf europäischer Ebene zu verfahren, statt durch Inflation das Übermaß an Geld zu entwerten, kann die Brücke sein, die mittleren Einkommenschichten für ein solches Projekt zu gewinnen. Mehr Europa erfordert nicht die Vergemeinschaftung der Schulden, wohl aber die Vergemeinschaftung des Prozesses ihrer Beseitigung durch Besteuerung der Nutznießer der Spekulation.

Masseneinkommen stehen im Kapitalismus nicht in Gegensatz zum Profit, solange sie ausgegeben werden. Wird Einkommen gespart, haben die Unternehmen mehr an Einkommen bezahlt als ihnen an Nachfrage zurückfließt. Sind der Verschuldungsbereitschaft von Unternehmen und Staat Grenzen gesetzt, kann auch die Spartätigkeit nicht unbegrenzt wachsen. Die zukünftigen Leistungen an diejenigen, die heute für ihr Alter sparen, müssen ohnedies von der zukünftigen Generation erbracht werden. Das Sparen der heutigen Generation geht genauso zulasten der künftigen Generationen, wie das Schuldenmachen des Staats. Es bedeutet, dass Geld allein kein Wert ist, sondern nur ein Steuerungsinstrument, wie es sich schon aus der

Tatsache ergibt, dass Arbeit Werte schafft, nicht aber Geld (das man bekanntlich nicht essen kann). Die Privatisierung der Altersversorgung belastet die zukünftigen Generationen im Prinzip ähnlich wie das staatliche Umlagesystem. Es ist deshalb völlig absurd, wegen der Zukunftsvorsorge heutige Wachstumsmöglichkeiten zu vergeben.

Es gibt Bedürfnisse, die der Markt nur mit perversen Konsequenzen befrieden kann: Zukunftssicherung durch Wachstumsverlust, und dann noch mit Illusionen. Das gilt auch für unser heutiges System der Verteilung der Lebenschancen: Der Kampf um die Einstiegsmöglichkeiten für Karrieren dürfte ein Faktor für den Rückgang der Geburten sein, weil erst die Sicherung der Karriere kommt, dann kommen die Kinder. Die qualifizierten Arbeitskräfte werden nicht dadurch leistungsfähiger, dass sie mit 30 Jahren vom Zugang neuer Konkurrenten abgeschirmt sind. Ein bisschen kollektive Steuerung, also Sozialismus, würde den Kapitalismus begünstigen, so dass wir alle seine Vorteile dort genießen können, wo er sie hervorbringt.

Ein solches Projekt lässt sich im Rahmen des größeren Europas leichter gegen Einflüsse aus der globalen Welt abschirmen, als im Rahmen eines Nationalstaates. Es könnte die europäische Identität, gegründet auf dem europäischen Gesellschaftsmodell, neu begründen.

Die Richtung sollte deshalb sein: Die Probleme durch Expansion der europäischen Wirtschaft mit Einbettung in eine neue, den heutigen Herausforderungen angepasste Definition von sozialer Marktwirtschaft überwinden: So viel Markt wie möglich, so viel Staat wie nötig.

Literatur:

Elmar Altvater: Der politische Euro: Eine Gemeinschaftswährung ohne Gemeinschaft hat keine Zukunft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/2013, S. 71-80.

Jürgen Habermas: Demokratie oder Kapitalismus. Vom Elend der nationalstaatlichen Fragmentierung in einer kapitalistisch integrierten Weltgesellschaft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/2013, S. 62-70.

Hans-Werner Sinn: Kasino-Kapitalismus: Wie es zur Finanzkrise kam, und was jetzt zu tun ist. Ullstein, Berlin 2010, 472 S., 12,95 €.

Wolfgang Streeck: Was nun, Europa? Kapitalismus ohne Demokratie oder Demokratie ohne Kapitalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 4/2013, S. 58-68.

Ders.: Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Suhrkamp, Berlin 2013, 271 S., 24,95 €.



Hartmut Elsenhans

ist Professor em. für Internationale Beziehungen an der Universität Leipzig. Zuletzt erschien von ihm: *Kapitalismus global. Aufstieg – Grenzen – Risiken.*